

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Rückkehr der Geschichte

- J. Rupnik / D. Moïsi** 1989 in historischer Perspektive
- Jerzy Jedlicki** Die unerträgliche Last der Geschichte
- Marcin Król** Revolution, Restauration, Amnesie
- Jan Błoński** Der antisemitische Retter. Warschau 1942
- Timothy Garton Ash** Solidarność - eine Sache der Vergangenheit
- Miklós Szabó** Ungarn: Restauration oder Aufarbeitung?
- Jan Patočka** Was sind die Tschechen?
- Petr Pithart** Der Philosoph als Ketzler
- Juri Afanassjew** Das beschädigte Gedächtnis
- Waldemar Weber** Schuld und Sühne
- Tomas Venclova** Litauen: Das Erbe des Gediminas
- Peter Demetz** Öffentliche und kapillare Geschichte
- Helmut Dubiel** Deutsche Vergangenheiten
- Stefan Wolle** Das Stasi-Akten-Syndrom
- Henry Rousso** »Säuberungen« gestern und heute
- Steven Beller** Wessen Geschichte eigentlich?
- Lyrik und Prosa von **Brodsky, Kornis, Szymborska, Venclova**
Photographien von **Gawronska, Klemm, Niedenthal u.a.**

Jacques Rupnik und Dominique Moïsi
 1989 IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE
 Geschichte als Schlüssel zur Gegenwart

Der Historiker hütet sich mit Recht vor der Versuchung des Analogieschlusses; denn die Ereignisse, die er zum Vergleich heranzieht, stammen aus einem geschichtlichen Kontext, der von dem unseren völlig verschieden ist. Birgt nicht schon die Erinnerung an diese Ereignisse die Gefahr des historischen Determinismus in sich? Die Revolutionäre von 1848 gerierten sich als Erben von 1789. Lenin und die Bolschewisten zogen auf ihre Weise die Lehre aus den »Grenzen« von 1789, den Fehlschlägen von 1848 und dem Scheitern der Pariser Kommune. Entkörperlicht, idealisiert und zur reinen Abstraktion geworden, fungiert das vergangene Ereignis als einigender Mythos, als negatives oder positives Signal. So bewahrten im 20. Jahrhundert die Mythen »Rapallo« oder »München« eine Wirkungsmacht, die dazu geführt hat, daß diese Ereignisse nur zu oft in ganz unpassenden Zusammenhängen beschworen wurden.

Trotzdem ist die Versuchung zum Analogieschluß angesichts unserer Unkenntnis der Zukunft ganz natürlich. Der Vergleich mit der Vergangenheit hat den Vorteil, daß er uns erlaubt, an einen Präzedenzfall anzuknüpfen und eine dem Kausalitätsprinzip, wenn nicht gar Erklärungsprinzip gehorchende Logik anzuwenden, die uns zumindest hilft, das prinzipiell Neue in unserer Epoche aufzudecken. In der Tat bezweckt der Analogieschluß nicht die bessere Kenntnis der Vergangenheit, sondern ein besseres Verständnis der Gegenwart und eine bessere Einschätzung der Zukunft.

Jede geschichtliche Epoche schafft sich ihre eigenen Analogien. So faßte Bundeskanzler Helmut Schmidt Anfang der achtziger Jahre unter Berufung auf 1914 (und einen Artikel des jungen amerikanischen Politologen Miles Kahler¹) die Besorgnisse über die Weltlage in der Frage zusammen, ob der Mittlere Osten im Begriff sei, zum Pulverfaß zu werden wie einst der Balkan. Gleichzeitig sah man, zumal in den USA, mehr und mehr Analogien zur Krise von 1938/39 und warnte, angesichts des politischen Abenteueriums einer UdSSR, die man mit dem Dritten Reich verglich, vor einem »zweiten München«. Panikmache war Trumpf, weil man damit die »lasche Haltung« gewisser Europäer gegenüber dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan oder dem Gewaltstreich gegen die *Solidarność* in Polen verurteilen konnte.

»Natürlich werden wir nichts tun«, hatte Claude Cheysson, der französische Außenminister, gesagt. Aber diese Formel hatte auch ihre extreme Schwäche, die darin bestand, daß man jede Ost-West-Entspannung mit der Parole »Helsinki ist München« torpedierte.

Die jüngste Geschichte hat diese Gleichung bekanntlich eindrucksvoll Lügen gestraft. Denn neben den Vereinbarungen von Helsinki, die eine Bestätigung Jaltas und des von 1945 ererbten Status quo brachten, zeichnete sich auch eine dynamische Interpretation des Helsinkiprozesses ab. Sie zielte darauf ab, in den Ost-West-Beziehungen die Gesellschaften und die öffentliche Meinung in bezug auf die Menschenrechte und den berühmten Dritten Korb zu mobilisieren. Es waren Sacharow und die *Charta 77*, die der »Entspannung von oben« eine Dimension verliehen, wie sie von Breschnew, Husak und Co. ohne Zweifel nicht gewollt war: keine Entspannung zwischen den Staaten ohne Entspannung zwischen Staat und Gesellschaft. Das Dissidententum und die öffentliche Meinung waren das Sandkorn, das die Entspannung à la Breschnew und mit ihr das Funktionieren der München-Analogien störte.

Ungeachtet der offenkundigen Begrenztheit ihrer Geltung können Analogieschlüsse dennoch brauchbar sein, um die Revolution von 1989 zu erhellen. Zwei Arten des historischen Vergleichs drängen sich auf, was auf den Doppelcharakter dieses Ereignisses verweist: 1989 ging die Auflehnung der Gesellschaften gegen eine politische Ordnung Hand in Hand mit der Transformation des bisherigen internationalen Systems.

Im Völkerherbst von 1989 prallten zwei Phänomene aufeinander: der Faktor Gorbatschow und der Zusammenbruch des kommunistischen Systems unter dem Druck der Gesellschaften. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß nichts in Gang gekommen wäre, wenn Gorbatschow sich nicht mit der Abdankung der imperialen Logik – bekannt unter dem Namen »Breschnew-Doktrin« –, die das Aufsichtsrecht des großen sowjetischen Bruders über das Andere Europa legitimierte, abgefunden hätte. In der Tat hätte Gorbatschow in Ostmitteleuropa nicht mit Gewalt eingreifen können, ohne gleichzeitig seine Entschlossenheit zu einer Reform der UdSSR zu kompromittieren und so sein Image als Mann der Perestroika zu zerstören. Dieses Image aber war Bedingung wie Folge seiner Politik der Öffnung nach Westen.

Im Augenblick hat Gorbatschow es mit einem doppelten Scheitern zu tun: Dem Sowjetkommunismus ist es nicht gelungen, die Gesellschaften Ostmitteleuropas dauerhaft zu unterwerfen und nach seinem Bild umzuformen, und ebenso wenig, den globalen Wettbewerb mit der westlichen Welt zu bestehen. Das Tempo des Zusammenbruchs hängt mit der Natur des Kommunismus zusammen, des stabilsten und zugleich fragilsten aller Systeme: Ein totalitäres System kann nur total zusammenbrechen.

Die Demokratie verfügt über ein Mittel, die in ihr auftretenden Übel selbst zu heilen: Im offenen Dialog und in freien Wahlen können Ängste und Frustrationen sich artikulieren und eben dadurch abgebaut werden. Im kommunistischen System hingegen entwickelt sich das Übel in dem Maße, wie es in einer sich vollkommen wahnenden Gemeinschaft nicht erkannt wird, nämlich wie eine Krebskrankheit, die man erst entdeckt, wenn es bereits zu spät ist. Die Perestroika wurde als Rezept gegen die Krankheit des Systems konzipiert, doch hat das Rezept den Kranken umgebracht. Da Reformen sich als unmöglich erwiesen, wurde der Wandel zur Revolution.

Um das Jahr 1989 zu begreifen, ist es nützlich, es mit den historischen Schlüsselmomenten zu vergleichen, für die die Jahre 1789, 1848 und 1917 stehen. Um die Auswirkungen von 1989 auf das internationale System zu ermessen, bietet sich der Vergleich mit 1815, 1919 und 1945 an.

Die Ära der Revolutionen

Der Zufall wollte es, daß 1989, das Jubiläumsjahr der Französischen Revolution, in die Geschichte eingehen wird als Jahr der demokratischen Revolution im Osten. Die wahre Gedenkfeier wurde im Osten begangen. Der Vergleich zwischen 1789 und 1989 bietet sich förmlich an. In beiden Fällen brach das alte Regime justament in dem Moment zusammen, als es sich zu reformieren suchte. Tocquevilles Gesetz gilt auch für das sowjetische System: Regime sind am anfälligsten in dem Moment, da sie sich der Veränderung öffnen. Freilich tut Gorbatschow allem Anschein nach alles, um dem Schicksal Ludwigs XVI. zu entgehen.

Die edlen Grundsätze von 1789 – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – waren gewiß eine Quelle der Inspiration für die demokratische Revolution. Dennoch wäre es unzutreffend, im Jahr 1989 lediglich die Neuauflage oder Verlängerung von 1789 zu sehen. Die Ambivalenz der Französischen Revolution ist auch den Osteuropäern nicht erspart geblieben. Auf was hätten sie sich beziehen sollen? Die demokratischen und universalen Prinzipien von 1789 oder die revolutionäre Logik, die zur *Terreur* führte? Den Triumph der Aufklärung oder die versteckten Ursprünge des modernen Totalitarismus? Die jüngere europäische Schwester der amerikanischen Revolution oder die Mutter der russischen? Nach den Schrecken des revolutionären Experiments hatten auch die Ostmitteleuropäer ihre Lehren aus der Französischen und der Russischen Revolution gezogen. Sie hatten sich von der Idee des revolutionären Bruches und der gewaltsamen Herbeiführung einer neuen Gesellschaft unendlich weit entfernt. In diesem Sinne schloß 1989 die Ära der Revolutionen ab, die 1789 begonnen und 1917 einen neuen Aufschwung erlebt hatte. 1989 wird in der Geschichte als die friedliche »Revolution« par excellence und als »Revolution qua Restauration« fortbestehen.

Was von 1789 bleibt – gelesen mit den Augen von 1989 –, ist die Idee der Demokratie auf Kosten der Idee der Revolution.

Müßte man einen Vorläufer zum Herbst 1989 suchen, so wäre es ohne Zweifel der Völkerfrühling von 1848. Die Parolen von 1989 – »*svoboda*«, »Freiheit«, »*solidarność*« – sind wie ein fernes Echo der Revolutionäre von 1848.

»Eh bien, mein Lieber, jetzt ist alles aus. Europa ist wieder bei 1791 und 1792 angelangt. Ob uns wenigstens 1793 erspart bleibt?« Seit dem Sturz Louis-Philippes im Februar 1848 hatte Metternich die europäische, revolutionäre Tragweite dieses Ereignisses erkannt. 1848 erscheint als Kulminationspunkt zweier großer Denktraditionen, die in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung gewonnen hatten: des demokratischen Strebens nach Volkssouveränität, das sich mit der Kritik an den herrschenden politischen und sozialen Verhältnissen verband und des daraus hervorgegangenen Strebens nach nationaler Souveränität, das den Aufstieg des Nationalstaates ankündigte. Der Wiener Kongreß von 1815 war als doppelter Schutzwall – gegen das imperiale Frankreich und gegen die Ideen von 1789 – konzipiert worden. Die von ihm geschaffene Ordnung war bewußt gegen die Forderung nach Demokratie und gegen den nationalen Gedanken gerichtet. 1848 hatte eine Mischung aus Romantik und Nationalismus die konservative Reaktion überwunden.

Das besondere Merkmal von 1848 – sein für uns heute wichtigster Aspekt – war die Ambivalenz und Spannung zwischen demokratischem Ideal und nationalem Gedanken. Dieser Konflikt trat in Mitteleuropa unter der Habsburgermonarchie offen zutage. Das Paradoxon Mitteleuropas beruht darin, daß es abendländischen Werten und Ideen anhängt, zugleich aber unter den sozio-ökonomischen Realitäten und seiner ethnischen Zersplitterung zu leiden hat.

Seit 1791 verkündete die polnische Verfassung – für diesen Teil Europas zum ersten Mal – zwar die demokratischen Grundsätze: »In der Gesellschaft geht alles aus dem Willen der Nation hervor«; aber Ende des 18. Jahrhunderts beschränkte sich die politische »Nation« in Polen auf den Adel. Die Revolutionäre von Budapest griffen 1848 zwar die demokratischen Parolen der Pariser Revolution gegen die imperiale Ordnung der Habsburger auf und proklamierten »das natürliche und unveräußerliche Recht Ungarns samt aller seiner Ländereien, die Stellung eines unabhängigen europäischen Staates einzunehmen«; aber sie verweigerten dieses Recht den von den Ungarn beherrschten Kroaten und Slowaken.

Zu jenen, die das Dilemma von 1848 am scharfsinnigsten formulierten, gehörte der tschechische Historiker František Palacký. Dem Appell der deutschen Revolutionäre, die im Namen der siegreichen Demokratie (und der

deutschen Einheit) das Verschwinden der archaischen ostmitteleuropäischen Kleinnationen befürworteten, setzte er in einem Brief an das Frankfurter Parlament den Austro-Slawismus entgegen. Im Prinzip sagte er: »Weder Panslawismus noch Pangermanismus. [...] Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst, sich beeilen, ihn zu schaffen.«² Palackýs Ziel war die Demokratisierung und Föderalisierung des Kaiserreichs. Wenn auf ihn gehört worden wäre, hätte Österreich die nationalen Bestrebungen im Lande vielleicht integrieren können. Der österreichisch-ungarische Dualismus von 1867, der die Tschechen ausschloß, sollte sich als Sackgasse für das Reich erweisen.

Schon zu jener Zeit hing der Ausgang einer europäischen Revolution mit Zentrum in Mitteleuropa letzten Endes von der deutschen Frage und dem »russischen Gendarmen« ab. Heute spielt der russische Gendarm keine Rolle mehr, aber wie 1848 ist die Diskussion zwischen dem demokratischen Ideal und den gegensätzlichen nationalistischen Impulsen das Hauptproblem für die neue Lage in Ostmitteleuropa und für die Chancen seiner Integration in ein gemeinsames Europa.

»Sie sind die Schutzwehr der europäischen Monarchen«, schrieb König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen im Januar 1848 an Louis-Philippe. Drei Wochen später war diese Schutzwehr gefallen. In wenigen Monaten hatte die revolutionäre Welle, die im Februar von Paris ausgegangen war und im März Wien erreicht hatte, ganz Europa erfaßt, von Frankfurt am Main bis nach Mailand, von Venedig bis nach Prag, von der Lombardei und Venetien bis nach Transsylvanien. Der Erfolg der liberalen und demokratischen Bewegungen ebnete den nationalen Bewegungen die Bahn. Die Vorboten der Krise hatten sich schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts angekündigt, ohne daß die Staatsmänner sich dessen bewußt gewesen wären. Dasselbe gilt für Ostmitteleuropa in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts. 1989 hat sich, wie 1848, die Domino-Theorie bestätigt: »Warschau zehn Jahre, Budapest zehn Monate, Berlin zehn Wochen, Prag zehn Tage, Bukarest zehn Stunden!«

Die Analogie zu 1989 darf allerdings auch nicht überstrapaziert werden. Das Scheitern von 1848 hatte verschiedene Gründe, die in der gegenwärtigen Konstellation nicht gegeben sind. 1848 war der revolutionäre Schwung rasch erlahmt, nachdem das ursprüngliche Bündnis aus gemäßigtem Bürgertum, liberalem Adel, Demokraten und Sozialisten zerbrochen war. 1848 hatten die Meinungsverschiedenheiten in der Bewegung, wie sie im Frankfurter Parlament zum Ausdruck kamen, einen Sieg der Demokratie verhindert. Heute steht zu hoffen, daß die Spaltungen, wie sie sich in den antitotalitären Koalitionen in Osteuropa zeigen, dem Entstehungsprozeß eines neuen demokratischen Pluralismus zuzurechnen sind.

Einer der Hauptgründe für das Scheitern von 1848 war die Existenz eines »Gendarmen«: »Satteln Sie Ihre Pferde, meine Herren, in Paris gibt es Revolution«, hatte Zar Nikolaus I. gesagt. Rußland sah sich auf dreifache Weise bedroht: durch das Vordringen der Demokratie, durch die Bedeutung eines republikanisch gewordenen Deutschlands und durch das Nationalitätenprinzip. Der Außenminister des Zaren, Nesselrode, sagte: »Das Prinzip der Nationalität ist die Verneinung der Geschichte, weil es fast alle großen Staaten aus den Angeln zu heben droht.«³

Heute gibt es, im Gegensatz zu 1848, keinen »Gendarmen Europas«. Die Sowjetunion Gorbatschows kann und will nicht das Rußland Nikolaus' I. sein. Vielleicht hätte Gorbatschow gerne das Erbe Peters des Großen angetreten; aber sein Projekt einer Modernisierung der Sowjetunion ist nur geeignet, die Liquidation des Imperiums zu beschleunigen. Im Mitteleuropa von 1989 konnte das alte Regime nicht mehr jene Politik des *divide et impera* zwischen Tschechen, Ungarn oder Deutschen betreiben, die noch 1848 die Habsburger verfolgt hatten – im Namen einer imperialen Solidarität, die es im Sowjetimperium nie gegeben hat. Angesichts der Attacken durch die demokratische Bewegung bewiesen die Monarchien ihre Anfälligkeit, aber sehr rasch auch ihre Regenerationsfähigkeit. Der Kommunismus war schwerer niederzuwerfen, aber er wird auch nicht wieder aus seiner Asche auferstehen, selbst wenn er – wie in Rumänien – in gewissen Scheingestalten noch einige Zeit fortleben sollte. Und noch einen wesentlichen Unterschied zu 1848 gibt es: 1989 hat sich das alte Regime nicht zur Wehr gesetzt.

Im Februar 1848 war es, wie nach 1789, das Beispiel Frankreichs, das den revolutionären Schwung beflügelte. Im Verein mit Edgar Quinet entdeckten die rumänischen Intellektuellen in Paris die Ideen der Französischen Revolution und dadurch ihren eigenen Nationalismus. Die Junitage 1848 in Paris waren es freilich auch, die das Verebben der revolutionären Welle in Europa einleiteten. 1989 war es nicht mehr ein einzelnes Land, sondern eine zusammengehörende Gemeinschaft, die für die Völker Osteuropas attraktiv war und ihre Träume und Sehnsüchte inspirierte. Westeuropa tat nichts; es griff in die Revolution des Anderen Europas nicht ein. Es agierte indirekt mit: durch sein Beispiel, durch Kapillarwirkung. Allein die Tatsache seiner Existenz als Gemeinschaft prosperierender, demokratischer Nationen trug entscheidend zum Verschwinden des Sowjetismus aus den ostmitteleuropäischen Gesellschaften bei. Das Andere Europa mag vielleicht in bezug auf seine Kultur und seine Werte das »wahre« Europa gewesen sein; aber sein einziger politischer Traum war und bleibt die »Rückkehr nach Europa«, genauer gesagt: der Weg in die Europäische Gemeinschaft. Daher die besondere Verantwortung, die der EG seither zufällt.

Mit der Revolution von 1989 vergleichbar waren 1789 und 1848; als ihr Gegenbild erscheint vor allem 1917. Nicht nur, weil sie dem 1917 begonnenen kommunistischen Experiment ein Ende setzte, sondern auch, weil sie auf Gewalt verzichtete: Heute glaubt in Mitteleuropa niemand mehr daran, daß man mit Gewalt eine bessere Gesellschaft herbeiführen kann. Anders als die vorangegangenen Revolutionen – vor allem jene von 1917 – hat 1989 die Menschheit nicht mit einem neuen Gesellschaftsmodell beglückt. 1989 beendete die Ära des revolutionären Messianismus.

Ein neues internationales System

1989 löste sich zum ersten Male ein aus dem Krieg geborenes System ohne Krieg auf. Als Revanche für 1945 schließt 1989 gleichzeitig an 1815 und an 1919 an. Von 1815 übernahm man die Idee der Restauration einer alten Ordnung nach dem Abenteuer des Sowjetkommunismus, was an die Restauration nach den napoleonischen Kriegen erinnert. Doch wie 1919 wohnte man auch dem Aufbau einer neuen Ordnung bei. In dieser Hinsicht wirkt Gorbatschow, weit davon entfernt, ein Metternich zu sein (dazu hat er nicht das Kaliber), eher wie ein Wilson (von 1919) wider Willen, und zwar in doppelter Hinsicht: Er kontrolliert die Konturen des von ihm so gern beschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ebenso wenig, wie Präsident Wilson die Dynamik des »neuen Europas« nach 1919 kontrollierte. Vor allem scheint Gorbatschow heute noch weniger Chancen zu haben, Rußland mit seiner Vision einer neuen europäischen Ordnung zu ködern, als Wilson, dem Amerika die Gefolgschaft verweigerte.

1815, nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums, verfolgten die Väter der Friedensverträge ein doppeltes Ziel: Ausgehend vom Grundsatz des Gleichgewichts der Kräfte, kam es ihnen darauf an, wieder eine politische Karte Europas zu schaffen, die im Staatsgedanken des 18. Jahrhunderts gründete, der das Nationalgefühl nicht kannte. Sie wollten, indem sie die traditionellen Autoritäten wie Grundbesitz und Kirche stärkten, die Restauration der Dynastien betreiben und der demokratisch-revolutionären Legitimität die dynastische Legitimität entgegensetzen. Diese Heilige Allianz von Thron und Altar behauptete sich bis 1848.

Der Präzedenzfall 1815 und der Mann, der ihn wie kein anderer verkörperte, nämlich Metternich, haben den spekulativsten und europäischsten Kopf unter den amerikanischen Außenministern fasziniert: Henry Kissinger. In seinem 1957 erschienenen Werk »A World Restored« stellt Kissinger den Mächten, die dem Status quo verhaftet waren (Österreich, Großbritannien), die revisionistischen Staaten gegenüber (Rußland, Preußen). Für ihn ergibt sich daraus mehr als ein Vergleich, nämlich eine historische Lehre: Angesichts des sowjetischen Revisionismus haben die Vereinigten Staaten

als Verteidiger des Status quo die überlegene Gelassenheit und Gewandtheit eines Metternichs – oder eines Kissingers – zu beweisen.

War 1848 eine Revolte gegen die 1815 in Wien etablierte Ordnung, so erscheint 1989 als Anti-Jalta. Getreu seiner Metternichschen Vision konzipierte Kissinger die Ost-West-Beziehungen in den Nach-Achtundsechzigern nach dem Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte zwischen den beiden Großen, mit einem in zwei Einflusssphären geteilten Europa. Sein Stellvertreter Helmut Sonnenfeld – Urheber einer berühmten Doktrin, deren Vaterchaft er jedoch bestreitet – verstieg sich sogar zu der Empfehlung, daß es im Interesse des Westens und der Stabilität der europäischen Ordnung liege, ein »organisches Band« zwischen der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satelliten zu fördern. Die »Sonnenfelddoktrin« erschien wie das Pendant zur »Breschnewdoktrin«. Für die Gesellschaften Ostmitteleuropas wurde die »Breschfeld«-Doktrin zum Synonym für den Status quo in Europa.

In Kissingers Vision war alles perfekt – bis auf eine Kleinigkeit: Die dem europäischen Status quo verhaftete Macht war in Wirklichkeit die Sowjetunion, während Amerika im Namen der Demokratie de facto die revisionistische Macht war.

Die Ordnung von Jalta ruhte auf zwei Prämissen, die sich beide als irrig erwiesen: einerseits auf dem vorgeblichen Einverständnis des Westens mit der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa; andererseits auf der Vorstellung, es handele sich trotz aller Unvollkommenheiten um eine stabile Ordnung.

Für Europa heute dürften die Lehren von 1919 am bedeutsamsten sein. Die Welt von 1815 ist zu weit weg, die von 1945 ist dabei, zu zerfallen. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Siegermächte vor allem drei Ziele vor Augen: zunächst die Festigung der Sicherheit Europas vor einem eventuell wiedererstarkenden Deutschland durch eine Reihe von politischen und militärischen Garantien (Entwaffnung, Entmilitarisierung, Besetzung, Reparationen); sodann Errichtung einer neuen internationalen Ordnung nach dem auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gründenden Nationalitätenprinzip – dieses Prinzip mußte notwendigerweise die Auflösung Österreich-Ungarns zur Folge haben –; und schließlich die Demokratie als ideologische Rechtfertigung der neuen internationalen Ordnung, die in den Verträgen von Versailles (1919), Saint-Germain und Trianon (1920) kodifiziert wurde. Für Präsident Wilson, in diesem Punkt ein treuer Erbe Rousseaus, bedeuteten Demokratie und Transparenz die besten Friedensgarantien. Für den neuen Präsidenten der Tschechoslowakei, T.G. Masaryk, war der Sieg der Alliierten ein Sieg des Fortschritts der Demokratie, ein Sieg der Republik über die Mächte der Reaktion, der Autokratie und des Klerus.

Diese optimistische und rationalistische, um nicht zu sagen Comtesche, Vision der Geschichte wurde leider widerlegt: Der Krieg von 1914 bis 1918 – der erste totale Krieg der Geschichte – war in seiner Art der Geburtshelfer zweier Totalitarismen, des Nationalsozialismus und des Stalinismus (und legte damit den Keim zum Zweiten Weltkrieg).

Die Unmenschlichkeit Verduns gebar die Barbarei; die Unvollkommenheiten des Friedens führten zum Zusammenbruch der kollektiven Sicherheit. An der Weigerung des amerikanischen Senats, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren, scheiterte nicht nur der französisch-amerikanische Vertrag, sondern auch (aufgrund des Zusammenhangs zwischen beiden) der französisch-englische Vertrag. Zwei gravierende Probleme sollten das System von Versailles zu Fall bringen: die deutsche Frage sowie die Frage des neuen Gefüges in Mittel- und Osteuropa.

Gegen den Versailler Vertrag wurden hauptsächlich zwei Einwände erhoben: Für die einen ließ er Deutschland in einem Augenblick geeint und intakt, wo das restliche Europa zerstückelt wurde. Für die anderen erzeugte er zu viele Ressentiments und führte damit unweigerlich zum Revisionismus. Schon 1920 führte der Historiker Jacques Bainville in seinem Buch »Les conséquences politiques de la paix« hellsichtig über die erste These aus: »Es scheint, als hätten die Urheber des Friedens geglaubt, daß es ihnen gelungen sei, das Nationalitätenprinzip mit dem Prinzip des Kräftegleichgewichts zu versöhnen, da den befreiten Völkern des Ostens die Aufgabe zufällt, das deutsche Übergewicht auszugleichen. Es ist ein Problem der Mechanik, das man durch eine Metapher löst: die Metapher des Gürtels oder der Barriere. Aber wovon wird Deutschland umgürtet? Wenn es hochkommt, von einem Kranz aus lauter Serbien!«⁴

Die andere wesentliche Konsequenz des Ersten Weltkriegs war das Verschwinden Österreich-Ungarns. Dieses Land hatte im Sinne der Alliierten eine doppelte Funktion gehabt: Es sollte Schutzwall gegen das Osmanenreich und Gegengewicht zu Deutschland sein. Mit dem Krieg schien es diese Funktion verloren zu haben. Um das geopolitische Vakuum auszufüllen, favorisierte man die Errichtung einer Reihe von Nationalstaaten, die mit Frankreich und Großbritannien liiert waren und einen *cordon sanitaire* gegen das bolschewistische Rußland und die deutsche Expansion bildeten.

Es gab jedoch Fehler in dieser Überlegung und mehr noch in ihrer praktischen Umsetzung: Die gleichzeitige Schwächung Rußlands und Deutschlands war auf außergewöhnliche Umstände zurückzuführen. Was würde geschehen, sobald diese Länder ihre Kraft zurückgewonnen hatten? Außerdem wendeten die Alliierten – was vielleicht unvermeidlich war – das Nationalitätenprinzip nicht konsequent genug an und schufen so zwei Arten von Staaten: diejenigen, die mit den neuen Gegebenheiten zufrieden waren (Tschechoslowakei,

Rumänien, Jugoslawien, Polen), und diejenigen, die sich geschädigt fühlten und folglich auf »Revision« aus waren: Österreich, Ungarn, Bulgarien. Von daher rührte eine Serie von Gebietsstreitigkeiten, die in der Zwischenkriegszeit zu einer Quelle des Konflikts wurden und auch heute wieder aufbrechen. Die wichtigsten sind der Streit zwischen Ungarn und Rumänien um Siebenbürgen, zwischen Jugoslawien und Bulgarien um Makedonien, zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn um die ungarische Minderheit in der Slowakei sowie zwischen Rumänien und der Sowjetunion um Bessarabien. Die Frage der nationalen Minderheiten wurde zu einem gravierenden Problem. Gewiß hatte der Versailler Vertrag die Rechte dieser Minderheiten garantiert, aber in der Praxis wurden sie, worauf Pierre Miquel hinweist, aufgrund des mangelnden Sicherheitsgefühls der neuen Staaten kaum respektiert: »An die Stelle der ungerechten Unterdrückung der Völker durch die alten Imperien trat eine willkürliche Beschneidung, die sich mehr dem Gebiets hungrigen als irgendwelchen ethnischen oder sprachlichen Realitäten verdankte.«⁵

Bis zum Ersten Weltkrieg bildete der Vielvölkerstaat Österreich ein Gegengewicht zur Stoßkraft der Nationalismen. Die Treue zum Staat ging einher mit der Bindung an eine Dynastie und an die Person des Kaisers. In seinem Roman »Die Kapuzinergruft« beschwört Joseph Roth im fünften Kapitel sehnsüchtig das Kaiserreich als übernationale Gemeinschaft: »Ich will zugleich damit auch sagen, daß nur diesem verrückten Europa der Nationalstaaten und der Nationalismen das Selbstverständliche sonderbar erscheint. Freilich sind es die Slowenen, die polnischen und ruthenischen Galizianer, die Kaftanjuden aus Boryslaw, die Pferdehändler aus der Bacska, die Moslems aus Sarajewo, die Maronibrater aus Mostar, die ›Gott erhalte‹ singen.«

In dem Augenblick, in dem man über das Wiederauftreten der Dämonen des Nationalismus und über die Instabilität nach dem Sturz des Sowjetimperiums besorgt ist, sind Leute wie Ferenc Fejtö, der letzte Habsburger, untröstlich über das Verschwinden der Doppelmonarchie: »Man hat den Eindruck«, meint Fejtö in seinem »Requiem pour un Empire défunt«, »daß heutzutage eine gewisse Nostalgie die Donauvölker zuverlässiger eint, als Grenzen sie scheiden. Die Trennung hat sie an Wien angenähert, diese einst beherrschende und heute ihrer imperialen Pracht beraubte, provinzialisierte und ihnen ähnlich gewordene Stadt. [...] Die Ideologie, die versucht hat, den *homo habsburgensis* in den neuen Menschentypus des *homo sovieticus* zu verwandeln, ist an ihnen abgeprallt, ohne sie tiefgreifend zu verändern. Nach einer langen Nacht des Alptraums gewinnen sie wieder das Bewußtsein ihrer nicht nur nationalen, sondern übernationalen Identität, das Bewußtsein von Traditionen, die sie an das übrige Europa binden, das mit ihrer gemeinsamen, besonderen Geschichte verknüpft ist.«⁶

Haben wir 1989, angesichts eines balkanisierten Osteuropas, nicht wieder ein geeintes Deutschland und ein gedemütigtes Rußland? Jenseits aller Analogien und Ähnlichkeiten sind in bezug auf 1919 wichtige Lehren zu ziehen und bedeutsame Unterschiede festzuhalten. Die Erfahrung der Jahre nach 1919 lehrt uns drei wesentliche Dinge. Man darf den Besiegten nicht demütigen. 1919 war Deutschland der Besiegte. Heute ist es die Sowjetunion. Es wäre gefährlich, gegenüber Moskau in einen Siegestaumel zu verfallen, der nur die Rückkehr des Alten ermutigen würde.

Die zweite »Lehre« aus 1919 betrifft die amerikanische Präsenz in Europa. Sie ist als stabilisierender Faktor 1990 ebenso notwendig, wie sie es 1920 hätte sein können, als die Amerikaner sich zurückzogen, oder wie sie es 1945 war, als sie es vorzogen, zu bleiben.

Und um schließlich nicht in jenes ohnmächtige Moralisieren zu verfallen, das den Völkerbund gelähmt hat, muß man sich fragen, wie man die Bedingungen und Institutionen für ein stabiles System kollektiver Sicherheit schaffen kann.

Trotz unbestreitbarer Parallelen sind die Mängel der Zeit nach 1919 keine Fatalität für das Europa von heute. Nicht bloß, weil wir klüger geworden wären, sondern auch, weil die historischen Rahmenbedingungen sich verändert haben. Heute haben wir angesichts eines gespaltenen Europa und eines geeinten Deutschland nicht nur, wie 1919, ein Frankreich und ein Großbritannien, die ebenso sehr Verbündete wie Rivalen sind, sondern auch eine europäische Gemeinschaft und darüber hinaus eine Solidarität der Demokratien, die sich im Atlantischen Bündnis ausdrückt. Europa ist nicht mehr Mittelpunkt der Welt; es ist ein Akteur unter vielen in einem multipolaren System.

Es gibt noch einen weiteren fundamentalen Unterschied zur Welt von 1919: die Atombombe, die man heute kontrollieren und reduzieren, aber nicht mehr aus der Welt schaffen kann. Die Periode von 1848 bis 1919 hat den Aufstieg des Nationalstaats zur Macht erlebt. 1989 scheint, nach der Ära der Ideologien und der Imperien, die Rückkehr des Nationalstaats zu markieren, kündigt aber bereits seine Überwindung an. 1989 markiert nicht nur »die Rache der Nationen«. Die Lösungen für die Probleme des Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie sind nicht im Rückgriff auf den Nationalstaat zu finden.

Der wesentliche Unterschied zum nationalen Problem zu Beginn des Jahrhunderts liegt darin, daß es 1989 keine Großmacht gibt, die sich dieses Problem zunutze machen will. Die Selbstzerfleischung Jugoslawiens stößt auf allgemeine Gleichgültigkeit. Das gegenwärtige Bündnissystem tendiert zum Frieden, nicht zum Krieg. Heute würden Schüsse in Sarajewo nicht mehr einen Dritten Weltkrieg auslösen.

Was 1989 zusammenbrach, war die bipolare Welt von Jalta – ein internationales System, das Raymond Aron auf die Formel brachte: »Friede unmöglich, Krieg unwahrscheinlich.« Europa war in zwei militärisch-ideologische Blöcke gespalten worden, die um zwei nichteuropäische (oder halbeuropäische) Pole zentriert waren: die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Noch vor Beendigung des Krieges erklärte Stalin gegenüber Djilas: »Dieser Krieg ist ein Krieg neuen Typs. Jeder, der ein Gebiet besetzt, errichtet dort sein Regime.«⁷ Der unversöhnliche Charakter der vorhandenen Ideologien hätte die Welt in eine gnadenlose Konfrontation treiben können. Das Gleichgewicht des Schreckens bewirkte, daß der Krieg andere Formen annahm. Die Clausewitzsche Formel »Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« wich der Aronschen Formel »Die Drohung mit Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«.

Nach Hiroshima schrieb Jean-Paul Sartre im *Combat*: »Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit hat der Mensch die Möglichkeit zum kollektiven Selbstmord.« Tatsächlich bewog die Größe dieser Gefahr die Protagonisten des internationalen Systems zu einer gewissen Selbstbeschränkung.

Paradoxerweise hat die Atombombe, die die Geschichte einfrieren sollte, den Übergang zur Stabilität begünstigt. Die Kosten des Wettrüstens (im nuklearen wie im konventionellen Bereich) haben einen Prozeß des »konkurrierenden Niedergangs« der beiden Bündnisse zur Folge gehabt, der die wirtschaftlich schwächere Macht – und das rigidere System – zur Aufgabe gezwungen hat.

Während mehr als vierzig Jahren ruhten die Sicherheit und Stabilität Europas auf vier Säulen: der Schutzmacht Amerika, der nuklearen Abschreckung, der Unbeweglichkeit des sowjetischen Systems und dem Gefühl, daß man von Jalta nicht ohne Gefahren für den Frieden abgehen konnte und daß die Stabilität Europas auf seiner Teilung beruhte. Im Laufe der achtziger Jahre, beim Streit um die Euromissiles und nach dem Tschernobyl-Schock, bei dem Aufstieg des Pazifismus im Westen und dem des Dissidententums im Osten, hatten die Europäer das Gefühl, daß diese vier Säulen dabei waren, alle gleichzeitig zu bröckeln, ja einzustürzen, und daß Europa in eine ganz andere Welt kippte. Das ist inzwischen geschehen. Die Bipolarität ist einer neuen europäischen Architektur gewichen, die noch im Entstehen begriffen ist, und zwar in einem von Multipolarität geprägten weltweiten Rahmen. Europa wird wieder zum Subjekt der Geschichte, zumindest seiner eigenen Geschichte. Es liegt an ihm, aus dieser Geschichte die tauglichsten Analogien für seine Zukunft zu bilden.

Aus dem Französischen von Holger Fliessbach

Anmerkungen

- 1 Kahler, Rumors of War. The 1914 Analogy, in: Foreign Affairs, Bd. 58, Nr. 2, 1979/80, S. 374-369.
- 2 Zitiert nach M. Freund, Deutsche Geschichte, München 1979, Sp. 592 (d. Ü.).
- 3 Nach: P. Renouvin, Histoire des relations internationales, Bd. V: Le XIXe Siècle, Paris 1954, S. 198.
- 4 J. Bainville, Les Conséquences politiques de la paix, Paris 1920, S. 49f.
- 5 P. Miquel, La Grande Guerre, Paris 1983, S. 602.
- 6 F. Fejtö, Requiem pour un empire défunt, Paris 1988, S. 377.
- 7 M. Djilas, Conversations avec Staline, Paris 1962.